Vorstellung für Friedensplattform

Im nahen Osten bewegt sich einiges. Ob dies zu einem Frieden führt, wage ich zu bezweifeln.

Als Stichworte, die auch heute Abend diskutiert werden können, werfe ich ein, dass dem Trump-Plan die Völkerrechtswidrigkeit auf der Stirn geschrieben steht, wenn es um die kolonialistische Entscheidung geht, eine sogenannte Expertenregierung unter Vorherrschaft der USA einzurichten. Das Feiern einer 2-Staatenlösung, die in Sicht sei, scheint nach wie vor keine Lösung des Siedlerproblems und der Selbstbestimmung der Palästinenser zu ermöglichen.

Das ganze Geschehen um den Gaza-Krieg ist geprägt von rassistischen Haltungen auf Seiten Israels und das nicht erst seit dem 7.Oktober 2023.

Darüber wird in der deutschen Presse jedoch kaum berichtet. Eine Ausnahme stellte ein Artikel der Taz vom 06.05.2025 dar, in dem ein Vorfall beschrieben wird, der beispielhaft ist für die politische Haltung der Mehrheit in Israel.

Die TAZ berichtete unter der Überschrift „TV-Produzent will Holocaust an den Palästinensern“

Demnach hat am 27.02.2025 ein israelischer TV-Produzent namens Elad Barashi des Netanjahu-nahen Senders Channel 14 in Bezug auf die Palästinenser wörtlich zum Konflikt Israels mit den Palästinensern auf einem inzwischen gelöschten Post auf X geschrieben:

„Sie verdienen den Tod! Männer, Frauen und Kinder – egal wie, wir müssen einfach einen Holocaust an ihnen verüben,“

Durchgesetzt werden soll dieser Holocaust mit den Methoden Nazideutschlands, nämlich – ich zitiere – Gaskammern, Zugwaggons und andere grausame Formen des Todes für diese Nazis.“

Channel 14 wird von der taz als rechtsradikal beschrieben, jedoch mit einer großen Reichweite in Israel. Er beeinflusst nach dieser Berichterstattung maßgeblich den öffentlichen Diskurs in Israel. Die israelische Regierung hat diesem Sender regulatorische Vorteile gegenüber anderen eingeräumt, die ihm eine dominantere Stellung im Medienmarkt ermöglichen.

Statt sich für den faschistischen Post zu entschuldigen, erklärte Barashi in einem weiteren Post:

„Ich entschuldige mich nicht. Ich wünsche den Terroristen in Gaza einen Holocaust.“

Barashis Aussagen sind kein Einzelfall. Seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 häufen sich in Israel öffentliche Aufrufe zur Gewalt gegen Palästinenser. Laut *Law for Palestine* wurden bis Januar 2024 über 500 genozidale Aussagen israelischer Politiker und Entscheidungsträger dokumentiert.

Seit Juli 2022 ist die Menschenrechtsorganisation Law for Palestine bei der UN-Kommission für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes akkreditiert.

Nach einer Umfrage der Zeitung Haaretz befürworten 82 Prozent der jüdischen Israelis die Vertreibung der Bewohner des Gaza-Streifens und fast die Hälfte stimmte der Aussage zu, dass man alle Einwohner einer feindlichen Stadt töten sollte

Diese Umfrage wurde im März 2025 von der Pennsylvania State University in Zusammenarbeit mit dem israelischen Meinungsforschungsinstitut Geocartography Knowledge Group durchgeführt und am 28.05.2025 in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* veröffentlicht. Weiter ergab die Umfrage, dass 56 % die Ausweisung aller Palästinenser aus Israel befürworten.

47 % stimmten der Aussage zu, dass die israelische Armee bei der Eroberung einer feindlichen Stadt „alle Einwohner töten“ sollte – in Anlehnung an die biblische Geschichte von Jericho.

Vor diesem Hintergrund muss erklärt werden, weshalb im politischen Berlin derlei unsägliche offenrassistische und faschistische Befunde keinerlei Reaktion hervorrufen. Im Gegenteil - in Deutschland wird nach wie vor jegliche Benennung dieser Sachverhalte als antisemitisch denunziert und auch noch strafrechtlich verfolgt. Trotz dieser offenen Vernichtungsstimmung in Israel gilt in Deutschland die sogenannte Staatsräson. Hierzu scheut sich die selbsternannte demokratische Mitte nicht einmal, ihre Haltung mit der geschichtlichen Verantwortung im Hinblick auf den Holocaust an den Juden zu begründen. Ende September hatte der sogenannte Antisemitismus-Beauftragte in Hessen, Becker, das Verbot der Palästinatücher gefordert, da diese Tücher den Judenhass symbolisierten.

Dazu passt eine Aussage des israelischen Journalisten Gideon Levy in einem Interview mit der italienischen Zeitung Il Manifesto vom 28.09.2025 auf die Frage des Interviewers, seit wann man in Israel die Palästinenser nicht mehr wahrnehme:

„Ich würde sagen, seit dem Beginn des Zionismus, der nie etwas gemeinsam aufbauen wollte. Die Israelis haben die Palästinenser nie als gleichwertige Menschen gesehen, sondern als Wesen, die ersetzt und vertrieben werden müssen. In den frühen 1920er Jahren sprachen die Pioniere offen von der Eroberung der Arbeit, d. h. davon, den Palästinensern ihre Arbeit wegzunehmen und sie selbst zu übernehmen. Die Entmenschlichung der Palästinenser besteht seit Jahrzehnten, der 7. Oktober hat nur alles noch intensiver gemacht und Israel hat sich offenbart. Die meisten Israelis glauben, dass Israel das Recht hat, zu tun, was es will, und dass es keine unschuldigen Palästinenser gibt. Sie glauben, dass sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, Völkermord und ethnische Säuberungen zu begehen.“

Im gleichen Interview erklärte er, dass die zionistischen Ideen zwischenzeitlich zum Mainstream geworden seien und es zwar eine Opposition in Israel gebe, die sich aber lediglich auf die Geiseln und die Ablösung Netanjahus beziehe und nicht auf den Genozid.

Aus geschichtlicher Verantwortung - so die Repräsentanten der sogenannten demokratischen Mitte - liefere Deutschland nach wie vor Waffen an Israel. In der EU verhindert Deutschland aus geschichtlicher Verantwortung die Sanktionierung Israels.

Das ist die heutige politische Situation, zu der wir einen der hervorragendsten Kenner der nahöstlichen Verhältnisse, den früheren Nahostkorrespondenten der „Zeit“ und vielfachen Buchautor eingeladen haben. Gerade heute wurde sein neustens Buch im Rahmen der Buchmesse mit dem Titel „Drecksarbeit“ vorgestellt.

Begrüßen Sie mit mir Herrn Michael Lüders.